

Lichtensteiner-Collnberger Tageblatt

Früher Wochen- und Nachrichtenblatt

Wochenblatt für Gohlis, Mühlberg, Borsdorf, Riesa, St. Egidien, Schmiedewitz, Moritzburg, Knauthausen, Dornsdorf, Mühlitz, St. Marien, St. Jakob, St. Michael, Elgersdorf, Thum, Niederschöna, Pulitzsch und Zschillen

Amtsblatt für das Amtsgericht und den Stadtrat zu Lichtenstein

Nr. 274. Hauptinfektionsorgan im Amtsgerichtsbezirk. 69. Jahrgang. Donnerstag, den 27. November. Postfach Nr. 86697. 1919.

Dieses Blatt erscheint täglich, außer Sonn- u. Festtags, nachm. für den folgenden Tag. — Vierteljährlich 4,50 Mk., durch die Post bezogen 5,40 Mk. — Einzelne Nummer 15 Pfg. — Bestellungen nehmen außer der Geschäftsstelle, Wilhelm-Ebert-Str. 46, alle Poststationen, Postboten, sowie die Austräger entgegen. — Inserate werden die fünfgespaltene Grundzeile mit 50, für auswärtige Fernspr.-Anschlag Nr. 7. — Besteller mit 40 Pfg. berechnet. — Reklamezeile 25 Pfg. — Im amtl. Teile kostet die zweispaltige Zeile 90 Pfg., für Auswärtige 120 Pfg. — Tel.-Nr. Tageblatt

Lebensmittelverkauf: — Donnerstag, den 27. November —
Haferflocken, 1 Pfund für Mk. 1.90, Hafergrüße, 1 Pfund für Mk. 1.90, Lebensmittelkarte A, Marke C 4, Auslandszucker, 1/2 Pfund für Mk. 2.05, Lebensmittelkarte A, Marke F 4 bei den Händlern; Speiseöl, 90 Gramm für Mk. 1.62, Sries, 125 Gramm für Mk. 0.15 gegen Lebensmittelkarte A, Marke C 4 im Konsumverein; Rinderfett, 100 Gramm für Mk. 2.80 gegen Lebensmittelkarte B, Marke 81 bei den Fleischern.

Der Ortsnahrungsausschuss für Collnberg.

Verordnung über die Neugründung von gemeinnützigen Bauvereinigungen.

Zur Vermeidung einer unnötigen Zersplitterung der gemeinnützigen Bautätigkeit werden künftighin Baukostenzuschüsse nur noch denjenigen gemeinnützigen Bauvereinigungen gewährt, die

1. bis zum 1. Oktober 1919 dem Verband der sächsischen gemeinnützigen Bauvereinigungen angeschlossen waren, oder
2. von der Landesfiedlungsstelle als gemeinnützige Unternehmungen im Sinne des Kriegerfiedlungsgesetzes vom 5. Mai 1916 nebst Ausführungsverordnung vom 9. November 1916 anerkannt, oder
3. im Einverständnis mit dem Landeswohnungsamt begründet worden sind.

Bauvereinigungen, die ohne Einverständnis des Landeswohnungsamtes errichtet worden sind, haben keine Aussicht auf Gewährung von Baukostenzuschüssen oder auf Unterstützung seitens der öffentlich-rechtlichen Geldgeber. Bestehende Bauvereinigungen, welche den Voraussetzungen zu 1. oder 2. nicht entsprechen, haben nchträglich die Zustimmung des Landeswohnungsamtes herbeizuführen.

Wird die Errichtung einer Bauvereinigung geplant, so ist so frühzeitig wie möglich der unteren Verwaltungsbehörde davon Mitteilung zu machen, bei der das Nähere über die weiter nötigen Schritte zu erfahren ist.

Das Landeswohnungsamt behält sich vor, die Zentralstelle für Wohnungsfürsorge für seine Entscheidung autachtlich zu hören. Es empfiehlt sich, bei Neugründungen sich möglichst frühzeitig um Raterteilung an diese zu wenden.

Die Bezirksfiedlungsstellen werden von dieser Verordnung nicht berührt. LWA III 229 b

Dresden, den 22. November 1919.

Ministerium des Innern,
Landeswohnungsamt.

Arbeiter- und Angestellten-Ausschüsse betr.

Das Arbeitsministerium behält sich vor, in wichtigen Fällen der Entscheidung von Streitigkeiten über die Errichtung, Wahl, Zuständigkeit und Geschäftsführung von Arbeiter- und Angestellten-Ausschüssen, die nach der Verordnung vom 31. Januar 1919 in Verbindung mit § 18 der Verordnung vom 25. Januar 1918 (letzte Verordnung im unmittelbaren Anschlag an ersterer abgedruckt in Nr. 28 der Sächsischen Staatszeitung vom 4. Februar 1919) der Ortspolizeibehörde aufsteht, selbst zu übernehmen.

Alle Ortspolizeibehörden haben in Fällen, die ihrer Ansicht nach hierfür in Frage kommen, vor eigener Entscheidung dem Arbeitsministerium sofort Bericht zu erstatten. 753 F

Dresden, den 22. November 1919.
Arbeitsministerium.

Kurze wichtige Nachrichten.

* Wie wir aus Berlin erfahren, beraten die Kommissaristen über die Aufforderung zu einem neuer Generalstreik, falls die Verhandlungen des aufgelösten Rates Beizugsrates nicht entlassen werden.

* Wie wir zuverlässig aus Berlin erfahren, kommt eine Aufhebung des Belagerungszustandes für Groß-Berlin nicht in Betracht.

* Wie verlautet, haben die alliierten und assoziierten Regierungen nunmehr genügend Unterlagen für die Strafverfolgung des ehemaligen deutschen Kaisers.

* Der Nationalversammlung wurde gestern der Gesetzentwurf betr. Verlängerung von Patenten und Gebrauchsmustern einem Ausschuss überwiesen, ebenso der Gesetzentwurf betr. Milderung des Belagerungszustandes. — Weiter wurde eine Vorlage über beschränkte Ausfuhr aus dem Strafregister und Tilgung von Strafvermerken ebenfalls einem Ausschuss überwiesen.

* Die internationale Kommission des Roten Kreuzes hat den R. L. telegraphisch ersucht, die Gefangenen in Ost- und Mittelsibirien, über die geradezu herzerweichende Nachrichten eintreffen, unter japanische Obhut zu nehmen.

* Ueber der Preis Bitterfeld wurde der Ausnahmezustand verhängt, weil durch Streik in den Anlagen diese zu erlaufen drohen und durch Arbeitsniederlegung im Elektrowerk die Lichtversorgung Berlins gefährdet ist.

* Die Reichswehrkräfte in der Regierung ist noch nicht behoben, obwohl die Demokraten zu Zugeständnissen bereit sind! Das Zentrum verhält sich abwartend.

* In Neßl wurde ein Verband zum Anschluß, Rechts an Frankreich gegründet. Es geht daraus hervor, daß die Franzosen neuerdings wieder in

dem sächsischen Sauer Land eine eifrige Werbetätigkeit entfalten haben.

* In Dresden tagt die zweite Landeskonferenz der Gewerkschaften Sachsens, die sich mit allen die Gewerkschaften berührenden Fragen befaßt.

* Infolge der ungünstigen Kohleneingänge darf ab Freitag den 28. November in den Berliner Gastwirtschaften, Hotels, Restaurants, Kaffees und Konzerten nach 1/10 Uhr abends weder Gas noch Elektrizität zu Beleuchtungszwecken verbraucht werden. Rands dürfen nur in der Zeit von 7 bis 1/11 Uhr abends spielen.

69. Sitzung der sächs. Volkstammer.

Dresden, 25. Nov. 1919.

Nachdem die Kammer zu den Einnahmen u. Ausgaben der Kapitel allgem. Staatsbedürfnisse u. Ruhegelder des Zwischensplans auf die Zeit vom 1. Jan. bis 31. März 1920 ihre Zustimmung erteilt hatte, befaßt sie sich mit einer von der Fraktion der Deutschen Volkspartei eingebrachten Interpellation, die Mitarbeit der Gemeinden und ihrer Steuerbeamten bei der Reichs- und Staatssteuerverwaltung betreffend. Nach einer Begründung der Eingabe durch den Abg. Böhme (D. S. P.) beantwortete Finanzminister Rißke die Interpellation für die Regierung. Nach seinen Ausführungen steht das Finanzministerium von der Annahme aus, daß es in absehbarer Zeit zu einer wesentlichen Änderung der bestehenden Zustände überhaupt nicht kommen wird. Die Gemeinden werden auch in Zukunft insbesondere für die Erhebung der Reichseinkommensteuer zu tun haben. Deshalb hat es das sächsische Finanzministerium auch nicht für erforderlich gehalten, für die Beamten Schritte bei der Reichsregierung zu unternehmen. Die Regierung hat Verhandlung für die Sorge, die weite Streife für die Reichssteuerfö-

hebung haben. Nach Ansicht des Ministers ist es unbedingt notwendig, daß die Länder und Gemeinden ein größeres Maß steuerlicher Beweglichkeit erhalten. In der sich anschließenden Besprechung wurden die Wünsche der Interpellanten von der Regierung aller Fraktionen unterstützt, jedoch kam es zu keiner Auseinandersetzung zwischen dem früheren Finanzminister und jüngem Abg. Rißke (Zos.) und dem gegenwärtigen Finanzminister Rißke.

Der ehemalige Finanzminister warf seinem Nachfolger vor, auf Erbsberger eingegangen zu sein und macht ihm einen Vorwurf daraus, daß er nicht am vergangenen Donnerstag nach Berlin gefahren sei. Er überzeugender Weise verteidigte sich Finanzminister Rißke gegen diese Angriffe. Seine Rede ließ erkennen, daß er durchaus in sachlicher Weise zu den Vätern des Reichsfinanzministeriums Stellung genommen hat, es kann ihm aber nicht, wie er hervorhob, zugemutet werden, daß er in Berlin den Statisten ausbe. Mit Recht erklärte er: „Wenn mir abverlangt wird, zu drei Vespertagen die für die Zukunft der Länder von ausschlaggebender Bedeutung sind, meine Zustimmung zu geben, so muß ich die Möglichkeit haben, dieselben durchzulesen und mit den zuständigen Stellen durchzuberaten.“ Weiter wurde dem Abg. Rißke das Verhältnis der Öffentlichkeit für das Verhalten des sächsischen Finanzministers entgegengehalten, wie es in der Presse mehrfach zum Ausdruck gekommen ist. Die Erklärung des Abg. Rißke hierauf, daß der Fall für das Verhalten des Finanzministers von einer Zeit, komme, die das Reichsfinanzministerium wegen der Beschlüsse betriebe, antwortete die Rechte des Landes mit dem Zwischenruf „wahr“ und der Minister Rißke versicherte, sich niemals durch den Fall oder die Mitteilung von einer Seite verleiten lassen zu lassen. Als Finanzminister habe er den Parteimann ganz beiseite.

Deutsche Spar-Prämienanleihe 1919	Hauptgewinne jährlich 10 mal 1.000.000 Mark	Erste Gewinnziehung im März 1920
-----------------------------------	---	----------------------------------

Die abgelehnte Freilassung der deutschen Kriegsgefangenen.

Berlin, 25. Nov. Dem Vorsitzenden der deutschen Friedensdelegation in Versailles ist auf sein Schreiben wegen der Heimbeförderung der deutschen Kriegsgefangenen in Frankreich eine Note Clemenceaus übergeben worden, in welcher es heißt:

Die französische Regierung hat niemals etwas anderes versprochen, als die Bestimmungen des Friedensvertrages zu erfüllen. Angesichts der planmäßigen Verwüstungen aller von den Deutschen besetzten Gebiete Nordfrankreichs darf sie den Abweichungen von dem Vertrage zugunsten der deutschen Kriegsgefangenen in Frankreich nicht zustimmen. Die Gefangenen werden augenblicklich gerade dazu verwendet, mit der Wiedergutmachung dieser abschaulichen Taten den Anfang zu machen. Die tiefsten Gefühle des menschlichen Herzens sind zu grausam verletzt worden, als daß eine Vergünstigung wie die von Ihnen erbetene, von der französischen öffentlichen Meinung aufgenommen werden könnte. Doch damit nicht genug, Deutschland hat durch Unterzeichnung des Versailler Vertrages die Herausgabe der Deutschen, die in ihrer amtlichen Tätigkeit die Greuel begangen haben, auf sich genommen und jetzt erklärt sich Ihre Regierung, bevor sie noch mit dieser Frage befaßt wird, außer Stande, das gegebene Versprechen einzulösen, was die schwersten Folgen haben könnte. Wenn unsere Verbündeten schon im September mit der Heimführung der Gefangenen begonnen haben, so ist dieses geschehen, weil die französische Regierung nicht geglaubt hat, dem nicht widersprechen zu sollen. Keiner unserer Verbündeten ist in seinen Gefühlen und Interessen so tief verletzt worden, wie die Bewohner von Nordfrankreich. Wie würde diese es aufnehmen, wenn die zu den ersten bringenden Arbeiten herangezogenen, übrigens materiell wie moralisch gut behandelten deutschen Gefangenen vor dem im Versailler Vertrag festgesetzten Zeitpunkt des Inkrafttretens des Vertrages Frankreich verlassen. Dieses ist um so weniger möglich, als mit der deutschen Regierung noch keine endgültige Verständigung erfolgt ist, unter welchen Bedingungen hülfe deutsche Arbeitskräfte zur Verfügung Frankreichs gestellt werden sollen. Die deutsche Regierung hat planmäßig die Ausführung der Waffenstillstandsbedingungen verzögert, indem sie sich den an sie ergangenen Ersuchen entzog und die bindenden Vorschriften offen verletzte. Es muß erinnert werden an die Versenkung der Flotte von Scapa Flow, an die verzögerte Auslieferung der Schiffe, an die hinhaltende, dem Buchstaben wie dem Geiste des Waffenstillstandsvertrages widersprechende Politik, welche in den baltischen Provinzen trotz aller Aufforderungen der Verbündeten getrieben wurde, an die in die Verfassung aufgenommenen und bis jetzt beibehaltenen zweideutigen Artikel, an die Propaganda, welche in Elsaß-Lothringen überall mittels ungeheurer, durch die finanzielle Not nicht herabgeminderter Kredite unablässig gegen die Verbündeten betrieben wird. Wie schuldig Deutschland nichts, als die genaue Erfüllung der Bestimmungen des Vertrages, welche es am Ende des erbarungslosen Krieges angenommen hat.

Der Standpunkt der Regierung.

Berlin, 25. Nov. Zu der Note Clemenceaus in der Originalsprache erfahren wir von zuverlässiger Stelle über die Stellungnahme der Reichsregierung folgendes: Die Note macht im wesentlichen mehr den Eindruck einer französischen als einer deutschen Note. Der außerordentlich unverständliche Ton wird selbst von manchen französischen Persönlichkeiten bedauert. Die Zurückhaltung der Gefangenen wird mit

Beweismitteln begründet, die lediglich in den Kriegsvorgängen liegen, und läßt nichts von der Einleitung einer Friedensstimmung erkennen. Zum ersten Male wird deutlich gesagt, daß die Gefangenen zum Wiederaufbau notwendig sind und daß die Verwüstungen in Nordfrankreich als offen eingestanden Grund zur Zurückhaltung der Gefangenen angesehen werden, sobald diese Zurückhaltung wie eine Strafe erscheint. Alles das kann den Tatbestand nicht verbunkeln, daß ein Jahr nach dem Waffenstillstand die Gefangenen noch zurückgehalten werden.

Clemenceau bringt ferner eine Reihe Vorwürfe gegen Deutschland vor und verweist sich auf die Behauptung, daß Frankreich sich nur zur erneuten Erfüllung des Friedensvertrages verpflichtet habe. Diese Behauptung ist nicht richtig, vielmehr wurde unseren Untertänigern im August die Befugnis gemacht, daß die Gefangenensfrage sofort in Angriff genommen würde, wenn Deutschland in der Frage der Kohlen Entgegenkommen zeigen werde, von dem bisher etwa 1 1/2 Millionen Tonnen geliefert wurden. Dennoch sei von französischer Seite die Gegenüberrechnung nicht gehalten worden. Im Falle Rußland hat seinerzeit die deutsche Regierung ein Militärgeschäft, weil sie das Versprechen erhielt, daß man die Kommission zur Vorbereitung der Gefangenenaheimführung sofort einberufen werden sollte, auch das nicht gehalten. Über die Stellung von Arbeitern zum Wiederaufbau sind allerdings noch keine endgültigen Verständigungen getroffen worden. Wir haben aber den Franzosen ein großzügiges Wiederaufbauprogramm vorgelegt; dagegen ist von französischer Seite noch nicht verbürgt worden, ob diese freien Arbeiter zugelassen werden, und auch die Notwendigkeit der Lebensbedürfnisse der Arbeiter sind nicht berücksichtigt. Die deutschen Gewerkschaften verlangen aber, daß die Unterkunftsfrage und die Beschäftigung des Wiederaufbaues sichergestellt werden. Wenn über dem Vorwurf, daß Deutschland in Elsaß-Lothringen Propaganda treibe, ist zu erwähnen, daß die Regierung keinen Versuch gemacht hat, die deutsche Propaganda in Paris zu erniedern, welche Schwierigkeiten in Deutschland der Auslieferung der von den Feinden verhafteten Persönlichkeiten entgegensteht und welche Folgen eine solche Auslieferung haben muß.

Deutsches Reich.

Berlin. (Zur Lage im Baltikum) Mit den eingeschickten baltischen Truppen besetzt nur noch Auslandsverbindung, Eisenbahn und Telegraph sind durch Letten und Litauern unterbrochen. Bei den Letten und Litauern sind nunmehr einwandfrei englische Offiziere eingesetzt. Die Rolle, die England bei seinem großen Selbstverleugern auf deutsche Männer spielt, wird damit immer klarer.

(Zur Lage im Baltikum) Wie in einer öffentlichen Versammlung zu Gunsten eines Anschlusses des Reiches an Rußland an Bayern der Staatsrat Dr. Schulermann gibt, hat die Preussische Regierung endgültig abgelehnt mit Rußland wegen eines Anschlusses zu verhandeln.

(Gegen Rußer und Schleichhandel) Der volkswirtschaftliche Ausschuss der Nationalversammlung nahm den Entwurf einer Verordnung gegen den Rußer und Schleichhandel, dem durch besondere Gerichte scharf entgegengetreten werden soll, an. In jedem Landgerichtsbezirk soll wenigstens ein Rußergericht zur schnellen Aburteilung von Rußer- u. Schleichhandlungen errichtet werden. Reichsminister Schäffer betont, daß dadurch, daß man den Rußern und Schleichern scharf zu Leibe gehe, zweifellos mehr Lebensmittel frei werden würden, die dann auf den üblichen Wege der Allgemeinheit zuzufallen würden.

Zu erwägen wäre eine Veröffentlichung der Namen der wegen Rußer und Schleicherei Verurteilten. Der Minister stellte in Aussicht, daß er sich dem mit den Justizministern der einzelnen Länder in Verbindung setzen würde.

(Die Truppen im Baltikum) Das Schwert wird sich laut „Deutscher Allgemeinen Zeitung“ in seiner heutigen Sitzung mit den außerordentlichen Schwierigkeiten und ernstlichen Verhältnissen im Baltikum befassen. — Das Blatt erzählt weiter, daß die Verhandlungskommission zur Prüfung der baltischen Angelegenheiten die Beförderung größerer Truppenmassen, die den deutschen Truppen im Baltikum zu Hilfe kommen sollten, abgelehnt hat. Wollte man auch zugeben, daß die Truppen von ihren Führern verführt worden seien, und daß zum großen Teile seitens dieser Führer mit gefälschten Briefen der Reichsregierung gearbeitet worden sei, so müßte doch andererseits wieder daran erinnert werden, daß die Truppen von der Reichsregierung seit Juli aufgefordert wurden, in die Heimat zurückzukehren. — Allem was deutsch heißt, darf nach dem Willen der Güterte kein Hilfe werden. Auch bei der ärztlichen Notlage gibt es Anstreben.

(Der belgische Oberkommandierende zu unserer Kohlenausfuhr) Zwischen dem belgischen General Michael und den Industriellen aus dem besetzten Gebiet fand eine Konferenz statt über die Ursache der Kohlennot im besetzten Gebiet. General Michael erklärte, er habe unterlassen, daß das Kohlenprodukt monatlich 150 000 Tonnen Kohlen nach Holland liefere statt 50 000 Tonnen. Die 100 000 Tonnen Kohlen, die Holland mehr erhält, könnten im besetzten Gebiet sehr gut gebraucht werden. Er lobte die Schritte unternommen, daß diese Ausfuhr verboten werde. — Damit ja den Deutschen die Lebensmittel aus Holland unterbunden wird.

(Erzbergers neue Steuerentwürfe) Nach Mitteilungen von mehrheitssozialistischer Seite rechnen man, wie aus Berlin gemeldet wird, damit, daß die neue Einkommensteuervorlage für sich eine Mehrerhebung von 6—7 Milliarden einbringen wird. Wie wir weiter aus Berlin erfahren, würden bei den Großbetrieblern Sparmaßnahmen wie im ganzen Reich im Hinblick auf die neue Steuerentwürfe Erzbergers zahlreiche Abhebungen von Sparanlagen vollzogen.

(Beginn des Entengerichts über Deutsche?) Die Bremer Enten sind am 19. November in Lüneburg der erste Tag angeklagten Militärs eingetroffen. Der „Revolutionsrat“ sagt ausdrücklich, daß die Verfahren von den deutschen Behörden angeleitet seien, aber wenn man die Liste genau ansieht, erkennt man leicht, daß es sich um Soldaten handelt, die sich bis jetzt in französischer Gefangenschaft oder im besetzten Gebiet befanden, daß also von Auslieferung durch Deutschland nicht gesprochen werden kann. Alle werden beschuldigt, Diebstahl, Raub und Gewalttaten begangen zu haben. Sie sind im Lüneburger Gefängnis untergebracht. Die Verhandlungen sollen bald beginnen.

Aus Nah und Fern.

Lichtenstein, 26. Nov. 1919

• — Beihilfe für Kriegshinterbliebene. Das Reichsarbeitsministerium stellt, wie von uns bereits berichtet, für notleidende Kriegshinterbliebene Beihilfen aus Reichsmitteln in Aussicht. Jedoch können diese nach den bestehenden Vorschriften nicht auf alle Hinterbliebene von Kriegsgefallenen ausgedehnt, sondern nur auf diejenigen abgegeben werden, die wirklich Not leiden. Deshalb kann auch die Höhe der etwaigen Beihilfen nicht für alle gleich sein. In erster Linie sollen Witwen mit Kindern, sowie Vollwaisen und kinderlose ältere oder kranke Witwen diese Beihilfe erhalten.

Aus hartem Holz.

Nachdruck verboten.

52. Von ihrem Mann kam kein Laut mehr und nach einer Weile schielte er tief und leise. Der lange Vorhang hatte ihn wohl mehr angehalten als er sah, er wollte. Dazu die dünne Luft, die ihm aber gut bekommen schien, denn sein Schlaf war hier gleich dem ersten Tag an Ruhig und anhaltend gewesen.

Der Nachbar hatte ihm gut geraten. Wenn es so blieb und kein Mühsal kam, sollte Wilhelm vorläufig von jeder Sorge absehen, aber den Winter hies in süßlicheren Zeiten zubringen und den Sommer in geschäftigen Lebenslagen. Mit der Zeit würde dann sein Auge zu lichten sein, für den Sommer den Aufenthalt wieder in der Heimat zu nehmen.

„Meine Kurven sollen und müssen in der Heimat auszuwachen“, hatte Thoma dem Arzt vorgelegt.

„Und Sie werden sich ihrer alsdann auch viele Monate erfreuen dürfen.“

Alles dieses war an Themas neugierigem Auge vorbei und dann kam ihm die Erinnerung an Frau Nagers Brief. Sie las ihn nochmals durch. Das ältliche Gesicht aus Familienberichten und unwichtigen, aber amüsanten Klatschereien. Daher ließ sich der Anfang doppelt bedeutungsvoll aus dem Ganzen heraus.

Es erschien ihm jetzt von großer Wichtigkeit, daß

die den König in der Heimat machten, obwohl sie sich gar nicht nach einem Wiedersehen mit den Kindern sehnte. Das Verhältnis zwischen der Mutter und ihr bedrückte sie mehr, als sie es sich ihrerseits gegenüber merken ließ. Und dann fürchtete sie die Erinnerung an die furchtbarste Zeit ihres Lebens. Sie würde den Heidenweg wieder gehen, wo sie dem Vater zuletzt begegnet war. Und das Vaterhaus? Würde es ihr die Worte öffnen? Sollte sie den Raum wieder betreten, an den sie nicht denken konnte, ohne daß es sie wie Frauen schüttelte? Sie sah wieder den Schreibtisch an dem großen Fenster — die Stammen! Die Stimme des Justizrats gläubt sie zu hören.

Das Erwachen Wilhelms weckte sie aus dem schlafenden Träumen. Er forderte den Brief und las ihn zu Ende.

„Sie ist doch einsig, die Tante Luidwige! Mich fährt sie, ihrem Albert geschworen, mit großem Geschick dazwischen, macht ein Bumbum, daß es uns in den Ohren gellt, um dann im lustigen Wortausklang der Schreden, den sie uns eingelegt hat, in Lachen auszulösen. Was meinst Du, nehmen wir die Jungen mit?“

„Dachst Du daran, sie hier zu lassen, Wilhelm?“

„Ich tue, was Du willst. Ich denke, wir benutzen die Gelegenheit, sie prüfen zu lassen und erst dann nach einem Hausbesuch umzusehen. Jetzt beahnt für sie beide der Ernst des Lebens.“

„Ist das wirklich schon nötig? Du hast sie ja so weit gefördert. Und die Vorkräfte, die wir fanden, taugen auch ihre Bildung.“

„Ich tat es mit Freuden, und es will mir scheinen, daß eine dritte Person unser Zusammenleben stören würde.“

„Dafür mache Dir keine Sorgen, Fette, das werde ich schon einrichten. Wir bewahren uns möglichst gegenwärtig die Freiheit. Da kommt Regine, wollen wir ihr das Glück verleihen?“

„Die wird Augen machen. Sie hat schon sehr an Deinem Wohl gekümmert.“

„Regine, in vierzehn Tagen fahren wir nach Hause, wollen Sie mit?“ fragt Thoma lächelnd.

„Für immer?“ Die Köchin schrie es heraus.

„Nur für einige Wochen, Regine“, erklärte Nettie.

„Der Jäger feiert seinen achtzigsten Geburtstag, da wollen wir dabei sein.“

„Dann lieber gar nicht, Madam. Das bricht mir das Herz wenn ich wieder fort soll.“

„Regine, jetzt Sie doch geschick. Denken Sie an Ihre Freunde.“

„Ich habe keine. Die Eltern sind tot, Geschwister habe ich nicht.“

„Aber meine Mutter.“

„Ach, die alte Madam.“

„Und Sie werden es doch ohne die Jungen nicht aushalten?“

(Fortsetzung folgt.)

— Kriegshinterbliebene auf Beihilfe. —

— Ein werden. —

— Nach der nun. —

— Wüssen S. —

gedachte man. —

— Herr Julius. —

— Klingen. —

— Leipzig. —

— Leipzig. —

— Leipzig. —

— Leipzig. —

— Leipzig. —

— Leipzig. —

Kriegshinterbliebene, die hiernach einen Anspruch auf Beihilfe zu haben glauben, können sich ungehindert, wie die Nachrichtenstelle in der Staatskanzlei mitteilt, bei den örtlichen Fürsorgestellen unter Vorlegung der erforderlichen Papiere (Familienstammbuch, Sterbeurkunde, Einwohnermeldebücher und sämtliche Rentenbescheide) melden. Wann und in welchem Umfang die Verteilung erfolgt, wird noch bekannt gegeben werden.

Ein Schweineviertel muß abgeliefert werden. Das sächsische Wirtschaftsministerium hat zahlreiche Anträge auf Befreiung von der Verpflichtung der Ablieferung eines Schweineviertels bei Hauschlachtungen abgelehnt. Bei einer Aufhebung der Abgabe kann es gar nicht ausbleiben, daß in kurzem auch die Verpflichtung zur Abgabe eines ganzen Schweines bei solchen Selbstversorgern, die mehr als ein Schwein besitzen, aufgehoben werden muß. Es würde zu einer gerechten Entlastung führen, wenn man dem einen ein ganzes Schwein abfordern, den anderen aber mit jeßlicher Abgabe verschonen wollte. Jedenfalls würde ein großer Teil derjenigen Selbstversorger, die jetzt mehrere Schweine halten, künstlich nur eins aufziehen, um der Abgabepflicht zu entgehen. Die Lage der Fleischversorgung in Sachsen ist aber so, daß auf die Schweinefleischabgabe aus Hauschlachtungen nicht verzichtet werden kann.

Volkszählungsergebnis in Sachsen. Nach der nunmehr beendigten vorläufigen Feststellung durch das Statistische Landesamt betrug die ortsanwesende Bevölkerung des Freistaates Sachsen am 8. Oktober d. J. 4 663 251 Personen. Am 1. Dezember 1916 waren infolge der Abwesenheit der Feldtruppen nur 4 400 806 und am 5. Dez. 1917 insgesamt 4 295 236 Personen gezählt worden (ohne die Kriegsgefangenen), während am 1. Dez. 1910, dem Tage der letzten Friedens-Volkszählung, Sachsen eine Bevölkerung von 4 806 661 Personen hatte, die sich bis zum Kriegsbeginn auf rund 4 985 000 vermehrt haben dürfte. Hiernach hat eine Vermehrung der Bevölkerung seit der letzten Kriegszählung vom Jahre 1917 um etwa 368 000 Personen, aber ein Abnahme seit Juli 1914 um über 300 000 Personen stattgefunden.

Müssen St. Jacob. (Zur Totenfeier) am 23. Nov. gedachte man im Hauptgottesdienste unter Trauergeläute der 148 Kriegsooper aus hiesiger Gemeinde und wählte ihnen die Arie: „Wie sie so sanft ruhn.“ Zahlreiche Widmungskränze schmückten das Innere der Kirche und ehren die tapferen Helden, deren Namen auf Gedenktafeln im Schiff zu lesen sind. Auch der Friedhof trägt Erinnerungsstätten an die schweren Kriegsjahre, wovon zwei würdigen Grabsteine von Künstlerringen erstellten zur Erde des Gottesackers. Das zuletzt aufgeführte Grabmal eine in neuem Stil gehaltene Arbeit der Firma Schulte in Zwickau, zeigt in seiner Einfriedigung treffliche Proben von getriebener Kunstschmiederei des Schlossermeisters A. Reinhold hier.

Gersdorf. (Ein bedauerlicher Unfall) ereignete sich auf dem Steinkohlenwerk „Kaisergrube“ am Sonnabend. Der etwa 60 Jahre alte Bergarbeiter Herr Sullus Pelter von hier, wurde von einem Kohlenhant erfasst und am Kopfe schwer verletzt. An den Folgen dieser Verletzung ist der brave Arbeiter gestern verstorben. Der Familie wendet sich allgemeine Teilnahme zu.

Klingenthal. (Bürgerlicher Wahlsieg) Hier fanden am Sonntag die ersten Stichwahlen zum Wahlkreis nach der Erhebung unserer Ortsgemeinde zur Stadt. Sieben Wahllooschläge lagen vor. Die bürgerlichen Wahllooschläge sind von den Vertrauensmännern für verbunden erklärt worden. Die Bürgerlichen haben zehn Sitze erworben, während es die Sozialdemokraten auf acht Sitze brachten und zwar die Mehrheitssozialdemokraten sieben Sitze und die Unabhängigen einen.

Leipzig. (Ein schwerer Einbruch) wurde in Leutzsch verübt. Als die Ehefrau des Wohnungsinhabers heimkehrte, fand sie die Wohnung gewaltsam geöffnet und hell erleuchtet vor. Drei fremde Männer packten allerlei Wirtschaftsgüter und Wertgegenstände zusammen, einer von ihnen überfiel die verängstigte Frau, fesselte sie mit Riemen und knielte sie. Der später helmehrende Chemiker fand seine Wohnung verschlossen. Als ihm auf sein Klingeln die Frau nicht öffnete, erbrach er die Tür. Sämtliche Behälter und Schränke waren erbrochen und durchwühlt, die Ehefrau lag hilflos im Schlafzimmer. Der Wert der mitgenommenen Sachen behebt sich auf 4000 Mark. — (Einbruch in ein Warenhaus.) Nach einer amtlichen Bekanntmachung ist in der Nacht zum 23. ds. M. in das Geschäftshaus von Gehräber Zoske, Johannisplatz 1, eingebrochen worden. Aus der gestohlenen Masse der Waren ist zu schließen, daß mehrere Personen am Diebstahl beteiligt sein müssen. Außer einer großen Anzahl selbener Blusen, Stoffe, Strümpfe, Wäsche usw., sind 13 Stück neue Coucouffert gestohlen worden, die wahrscheinlich als Transportmittel benutzt worden sind. Der Wert der Diebesbeute beläuft sich auf 15000 Mark.

Leipzig. (Die billigen Heringe.) Am 18. d. M., vorm. in der 6. Stunde stand vor dem Fabrikator einer bekannten Fabrik in Leipzig-Gohlis auf der Straße eine Tonne Heringe, aus der sich Strömen

raffanten, und es waren deren viele, je einzeln Heringe herausgehoben und damit vergnügt weitergingen, auch anderen ihren Anteil an der Beute abwendend. Ein Mann, dem die Sache sofort verdächtig vorkam, der sich aber zunächst nicht recht heranwagte, nahm sich später, als sich die Besucher der Heringelosen Heringe verlaufen hatten, des Falles an und dadurch den in der Tonne befindlichen Rest, etwa einen Eimer voll, retten können. Ob das Fast gefahren oder von einem Wagen gefallen, bzw. kleiner geblieben ist, hat die Kriminalpolizei bis jetzt nicht feststellen können.

Meerane. (Ein falscher Kriminalbeamter.) Ein Gaunerstückchen wurde in dem Dorfe Goldschau bei Göhrlich ausgeführt. Dort erschien bei einer Witwe ein unbekannter Mann und kaufte von ihr ohne Bezugschein einen starken Ochsen. Am nächsten Tag kam der Käufer mit einem anderen Manne wieder, der sich als geheimer Kriminalbeamter aus Meerane ausgab. Letzterer machte die Verkäuferin auf das Strafbare des Verkaufs aufmerksam und forderte von ihr den über den Höchstpreis gezahlten Betrag von 1200 Mk. zurück. In der Annahme, einen wirklichen Kriminalbeamten vor sich zu haben, leistete die Witwe dieser Aufforderung auch ohne weiteres Folge. Hierauf verschwand die Gauner mit der erschwundenen Summe. Es soll sich um zwei Meeraner Einwohner handeln.

Reukirchen bei Chemnitz (Fischer Erpressungsversuch.) Dieser Tage erschien in der Abenddämmerung bei einem hiesigen Wirtschaftsbekher ein maskierter Mann und übergab einen Brief. Der Inhalt lautete, daß dem Ueberbringer des Briefes 5000 Mark ausgehändigt werden sollten. Das Gut sei mit 10 Mann umstellt und der Besitzer würde im Welaerungsfalle erschossen. Auf die Erklärung des Besitzers, daß er kein Geld habe, begnügte sich der freche Patron mit 20 Mark, und er verschwand mit dem Brief, der unterschrieben war: Ein Spartakus. — Trotz angelegentlicher Tätigkeit der hiesigen Polizei konnte der Dursche bis jetzt noch nicht ermittelt werden.

Planitz. (Aus Franz. Gefangenschaft geflüchtet) und am Freitag hier wohlbehalten eingetroffen, ist der Sergeant Otto Bräuer aus Niederplanitz, Hoheltr. 20, Sohn des Schuhmachermkts. Bräuer in Oberplanitz. Er war einem Arbeitshilfskommando in dem zerstörten Gebiet in der Gegend von Prosnas zugeteilt, von wo aus ihm die Flucht gelang. Innerhalb 8 Tagen war es ihm möglich, deutschen Boden zu erreichen. Der Geflohene war 14 Monate interniert.

Werdau. (Umfangreichen Garndiebstählen) in hiesigen Fabriken ist die Polizei auf die Spur gekommen. Ueber 20 Frauen und Mädchen sind festgestellt, die aus ihren Arbeitsstätten Garne unentgeltlich mitgenommen haben. Größere Posten von Garnen, auch gefärbte Posten Leber, sind auch noch in ihren Wohnungen gefunden worden. Meist haben die Frauen die Garne zur Anfertigung von Strümpfen, Sweaters und Jackets an Strickmaschinenbesitzer abzugeben, doch ist auch damit Handel getrieben worden, insbesondere sollen viel wertvolle Garne zum Einkauf von Lebensmitteln aufs Land gewandert sein. Von den Frauen wohnen auch einige in Nachbarorten, die in dortigen Fabriken die Garne entwendet haben.

Schmölla. (Feuer.) Das noch nicht 150 Einwohner zählende Bauerndorf Großschau hatte schon vor dem Kriege eine Reihe von Gutsbränden zu verzeichnen, die auf Brandstiftung zurückzuführen waren. Kurz hintereinander wurde jetzt wieder ein Brand in des Seelmannsche und in das Köhlerische Gut gelegt, dem die gefüllten Scheunen sowie andere Gebäude zum Opfer fielen. Aber der Brandstifter war noch nicht zu ermitteln.

1. Sinfonie-Konzert der städtischen Kapelle,

Dienstag, den 25. Nov. im „Krykall-Palast“.

Als der 30jährige Schubert seine H-moll-Sinfonie schrieb, die sein Schwanengesang werden sollte, und die ihn das unerbittliche Schicksal nicht vollenden ließ, stand zwelertel vor seiner Seele: Ein vorahnendes Gefühl verband ihn mit schmerzlichem Erkennen mit dem tragischen Ausgang seines künstlerischen Erdenwallens, und daneben rang sich immer wieder der eine Gedanke hindurch: Wie schön ist doch die Welt! Diese beiden Gedanken wurden in uns gestern abend durch die Wiedergabe dieser unergleichlich schönen Sinfonie gedeutet, und wir können Herrn Musikdirektor W a r n a g als dem Leiter der vereinteten Lichtentzerner und Glauhauer Kapellen unentgeltliches Lob zollen. Der gedanklichen Größe des ersten Satzes wurde ebenso Rechnung getragen wie der unendlichen Zartheit des Adante, und — wenn wir von geringen Tonschwankungen absehen — müssen wir den Holzbläsern ein Sonderlob erteilen, nicht nur wegen ihrer fein abgestuften dynamischen Einfühlung in der Sinfonie, sondern auch o ihres famoseren rhythmischen Zusammenstimmens in dem übrigens prächtig vermittelten Meisterfinger-Vorspiel. Und das Bläsen und Leuchten im wechselnden Far nspiel fand seine Ordnung in Liszt's „Preludes“. „Was der Poet

für den Geist erfand, vermag die Musik wiederzugeben, indem sie das Wesen der Empfindungen unmittelbar ausdrückt“, so schreibt Liszt im Vorwort zu dieser sinfonischen Dichtung.

Der Solist des Abends, Herr Konzertmeister H a m a n n aus Leipzig, zeigte uns mit der maßvollen Wiedergabe des G-moll-Konzertes von Bruch eine Tiefe des Gefühls und der Auffassung, die den heftigen Charakter dieser Komposition voll zur Geltung brachte. Hier verschmolzen Solist und Orchester ganz zu einer Person, und nur so war die fließende Wirkung möglich.

Was Hamann uns mit dem wunderbaren Mittelstuck an künstlerischem Erleben gab, läßt sich nicht gut in Worte fassen. Man fühlte, hier sprach ein reifer Künstler zu uns. Die Andacht seiner Zuhörer war Beweis genug dafür, daß sein geniales Nachschaffen alle im Bann zu halten wußte. Und ebenso können wir ihm für die Ballade von Beugtemps dankbar sein. Nur aus dem polnischen Charakter dieses Stückes ist es zu erklären, daß nach so viel Tiefe und verhaltener Glut eine so an der Oberfläche tänzelnde Polonaise sich anschließen darf, aber Hamann wußte auch aus dieser Musik Geist (wenn auch französischen) herauszuschlagen. Entschieden gabs viel Feuerwerk zum Schluß, und der reiche Beifall galt nach der Zugabe der Eigenurwelle Hair-Rat von Hubay dem musikalischen Funkenregen, der dank der brillanten Technik des Leipziger Gastes uns entgegenstrahlte. Alles in allem: ein Abend, der innerlich erhob; und Herrn Warnag und seiner Schar gebührt voller Dank aller. Erfreulicherweise war das Konzert außerordentlich gut besucht.

Deutscher Ortskrankenkassentag.

Leipzig, 24. November.

Am Montag, den zweiten Verhandlungstag, begründete der Geschäftsführer Lehmann-Dresden die Notwendigkeit einer Umgestaltung der Reichsversicherungsgesetzgebung. Im einzelnen wird gefordert: 1. Ausgestaltung der Leistungen und zwar sachgemäße Verbesserung der Wochenhilfe und Einführung einer zweckmäßig gestalteten Familienkrankenkasse. 2. Die Ausgestaltung des Umfangs der Versicherung durch Neuordnung der hausgewerblichen Krankenversicherung. 3. Zweckmäßige Ausgestaltung der Verwaltung durch Verbesserung der Meldepflicht und das Recht der Selbstabgabe aller Beiträge und Heilmittel durch die Krankenkasse verlangt. 4. Die Neuordnung der Beziehungen zu den Versicherungsträgern durch Abbildung der Kosten des Unfallverfahrens und der Kosten des vorübergehenden Hülfsverfahrens. 5. Wird die Umgestaltung der Organisation der Krankenversicherung verlangt durch die Schaffung von Einheitskassen in jedem Verwaltungsbezirk, durch Errichtung von Zweigstellenverbänden sowie von Orts- und Bezirksverbänden mit den Leitern der sozialen Versicherungen und der Wohlfahrtsbehörde. Ein weiterer Antrag, wonach die Arbeitgeber, die die Kasse durch Hinterziehungen von Beiträgen schädigen, mit Gefängnisstrafe nicht unter einem Monat bestraft werden sollen, fand gleichfalls Zustimmung. Etwa vier Stunden beschäftigte sich die Tagung dann mit den Tarifentwürfen zur Regelung der Gehalts- und Entschädigungsverhältnisse für die Angehörigen der Ortskrankenkassen. Vorsitzender Fröhner erklärte hierbei: Seit ungeheure Feuerungsanlagen zu bewilligen, heiße auf die Zukunft Raubbau im schlimmsten Sinne des Wortes treiben. Was das Streikrecht betrifft, so stehe er auf dem Standpunkt, daß jeder Arbeiter das Recht der Arbeitsentlassung habe. Wer aber durch die Reichsversicherungsgesetzgebung besondere Rechte habe, begehre sich der Einstellung der Arbeit dieser Rechte und der Gemeinde- und Staatsbeamte, der zum Streik übergehe, verliere den Anspruch auf Pension. Dessen Standpunkt habe auch der Hauptvorstand und der Beirat angenommen. Ausgesprochen müsse auch werden, daß der Vorstand jetzt eine große Anzahl Angestellter mitschleppen müsse, weil er sie nicht los werden könne. Die Arbeitsleistung sei außerordentlich zurückgegangen. Es gäbe Beamte, die eigentlich nur Anwesenheitsgelde erhielten. Nach lauter lebhafter Aussprache fand schließlich eine Entschädigung Annahme, in der dem vorläufigen Tarifentwurf zugestimmt wird. Zu den nunmehr folgenden Bericht des Geschäftsführers Lehmann über die Arzenei- und Heilmittelversorgung der Krankenkassen wurde ebenfalls eine entsprechende Entschädigung gefordert. Die weiteren Verhandlungen beschäftigten sich mit internen Angelegenheiten.

Was wird aus den sächsischen Steuerbeamten?

Die sächsischen Abgeordneten der Deutsch-demokratischen Partei haben an die Reichsregierung folgende Anfrage gerichtet:

Das Gesetz über die Reichsfinanzverwaltung vom 10. September 1919 hat in den Kreisen der Steuerbeamten sächsischer Gemeinden große Beunruhigung hervorgerufen. Es bestimmt zwar in § 15, Abs. 2, daß das Reichsfinanzministerium Gemeinden und Gemeindeverbänden Geschäfte der Finanzämter und die Verwaltung bestimmter Steuern, über die Erhebung und Einziehung von Steuern übertragen kann. Bisher ist aber nichts bekannt geworden, daß von dieser Bestimmung den sächsischen Gemeinden gegenüber Gebrauch gemacht wird.

Die sächsischen Städte und größeren Landgemeinden sind bisher vom Staat in ganz außerordentlichem Umfang zur Mitwirkung bei den finanziellen Steuererhebungen und -erhebungen herangezogen worden, wie dies eine Einabe der Verwaltungsberichte der drei sächsischen Städteverwaltungen Sachiens an das Reichsfinanzministerium vom 1. November 1919 des näheren darlegt. Die Folge dieser Heranziehung ist die, daß die sächsischen Gemeinden über eine im Steuerwesen vorzüglich erprobte Beamtenkraft verfügen. Es liegt nur im Reichsinteresse, daß diese Beamtenkraft für den Reichsfinanzdienst nutzbar gemacht wird.

Die sächsischen Gemeindefeuerverwaltungen befinden sich in drückender Ungewissheit darüber, wie sich ihre künftige berufliche Tätigkeit gestalten wird, ob sie dem Steuertrag, das sie beherbergen, erhalten bleiben, oder in anderer Weise der Gemeindeverwaltung übertragen müssen.

Verantwortung herrscht aber auch bei den Verwaltungen der Gemeinden, die bisher vom Staat für sein Steuerwesen herangezogen waren. Wird diese Verantwortung bei der Neuordnung der Finanzverwaltung durch das Reich nicht bestehen, so werden zahlreiche Kräfte, deren Gehälter weiter gezahlt werden müssen, in der Gemeindeverwaltung überflüssig.

Sind der Reichsregierung diese Verhältnisse bekannt? Ist sie gewillt, ihnen Rechnung zu tragen dadurch, daß die sächsischen Gemeinden in weitestem Umfange nach § 15, Abs. 2, des Gesetzes über die Reichsfinanzverwaltung (§ 22, Abs. 2, der Reichsabgabenordnung) mit Geschäften der Finanzämter betraut und ihnen die Verwaltung von Steuern und die Einziehung von solchen übertragen werden?

Erbauf, Ende, Ribbke, Schneider-Sachsen, Dr. Seyfert, Steinbock, Dr. Höpbel.

Vermischtes.

† Französische Robe! In einer der letzten Nächte wurde von einem französischen Wachtposten in Mainz auf eine Gruppe Spaziergänger geschossen. Einer von diesen wurde getötet. Nach der Darstellung des Postens sollen die Spaziergänger trotz erfolgten Anrufes nicht stehen geblieben sein. Aus Saarbrücken wird berichtet, daß eine Buchhalterin in einem Kino von einem farbigen Franzosen mit einem Revolver schwer verletzt wurde, weil sie sich mit Freundinnen unterhalten und gelacht hatte.

Die amerikanischen Behörden gehen weiter in der schärfsten Form gegen das Schiedsrichterverfahren. Vor etwa 40 bis 50 große Schieber, deren Namen in den Kolonialzeitungen fortlaufend veröffentlicht wurden, wurden zwangsweise in das unbesetzte Deutschland abgeschoben. Die Zeit des Abschiedes wird zwar bekanntgegeben, jedoch die von amerikanischen Soldaten geführten Schiffe zwischen der sich ansammelnden, meist in Verwünschungen ausbrechenden Menschenmenge gewissermaßen Spitzburgen laufen, müssen. Sanktion dieses eigenartigen Vorgehens wird eine wesentliche

Abnahme der Schiedungen und des Schiedhandels in der amerikanischen Zonen bemerkbar.

† Gefährlicher Schmalzschlepper Hamburg, 13. November. Das Kriegswunderamt der Hamburger Kriminalpolizei ist großen Schmalzschiedungen im Werte von 9 Millionen Mark auf die Spur gekommen. Der Hamburger Kaufmann Bepfer, dem schon vor drei Jahren der Handel mit Lebens- und Futtermitteln untersagt worden war, lieferte an auswärtige Kommunen waggonweise Schmalz. Bei dem letzten Geschäft von 20 Waggons wurde die Lieferung von weiteren 50 Waggons in Aussicht gestellt. Der großzügige Betrieb wurde auf Veranlassung des Kriegswunderamtes, das Verdacht geschöpft hatte, überwacht. Bei der Verhaftung ging nun aus den beschlagnahmten Geschäftsbüchern und Korrespondenzen hervor, daß der Großschlepper in der Zeit vom 1. bis 27. Oktober 600.000 Mark Bruttoverdienst hatte. Der Vollzug gelang es, für 1 1/2 Millionen Mark Schmalz, das bereits abgedichtet war, zu erfassen.

Gemeinderatsbericht von Mitten St. Niclas.

Bei der am Sonntag, den 16. November d. S. im Gemeinderat abgehaltenen nichtöffentlichen Sitzung des Gemeinderats wurden folgende Punkte behandelt und nachstehende Beschlüsse gefaßt: Der Vorsitzende berichtet, unter Mitteilungen von dem Wegfall der Beschlagnahmegebühren seit dem 1. Oktober d. S. und dem Inkrafttreten der Grundsteuerreform, von letzterer wird den Gemeinden ein gewisser Prozentsatz überlassen, alles weitere soll jedoch erst festgelegt werden. — Infolge des am 1. April 1910 in Kraft tretenden Reichseinkommensteuergesetzes, wird den Gemeinden von der Behörde nahegelegt, für die Zeit vom 1. Januar bis 31. März n. S. einen Zwischenhaushaltsplan aufzustellen, da das neue Rechnungsjahr allgemein später mit dem 1. April jeden Jahres beginnt. — Ein Gesuch der Gemeinde Neundorf bei Wiefenbad im Erzgebirge, um Bewilligung einer Beihilfe aus Gemeindegeldern, über Veranlassung einer allgemeinen Sammlung zum Besten mehrerer dort abgebrannten Familien, wird beschlossen, keine Sammlung zu veranstalten, sondern aus den Gemeindegeldern einen Betrag von 50 Mk. zu bewilligen. — Des Weiteren wird einstimmig beschlossen, einer Anregung der Müllengrundgemeinden nachzugeben, und sich an der Veranstaltung von Volkshochschulkursen zu beteiligen und das nötige Material zu beschaffen. In den nächsten Jahren werden gewählt die Herren Gemeinderatsmitglieder Schuldirektor Jähner und Bergarbeiter Richard Wegel. — Von außerhalb des Gemeinderats wählt man zu diesem Ausschuss Herrn Kirchschullehrer Döring. — Um eine einheitliche Geschäftszeit in den offenen Verkaufsstellen und im ganzen Müllengrund herbeizuführen, wird beschlossen, die Verkaufsstellen von 8 bis mittags 12 Uhr und nachmittags 2—6 Uhr festzusetzen. Dies entspricht der reichsrechtlichen Geschäftszeit und wird in Zukunft die geschäftlichen Stunden der Arbeitszeit und auch in Zukunft die Laden abends 8 Uhr zu schließen. Uebertretungen werden bestraft. — Gleichzeitig wird die Geschäftszeit im Fleischerhandwerk, dem Vorbilde der Nachbargemeinden gemäß, neu geregelt und werden vom Montag den 24. November d. S. an eingeführt. An allen Werktagen von

früh 8 Uhr bis Mittags 1 1/2 Uhr. Sonntags, und den Werktagen vor hohen Festen, durchgängige Geschäftszeit von früh 8— nachmittags 3 Uhr. In allen Werktagen nachmittags bleibt das Gemeindeamt für jeden Verkehr geschlossen. Der Zweck dieser Neuordnung ist, damit die Gemeindebeamten an den nachmittagen ungehindert arbeiten können, weil die Arbeitszeit immer größer wird und in der letzten Arbeitszeit nicht bewältigt werden kann. Aufgebote für das Standesamt, müssen möglichst zuvor beim Standesbeamten angemeldet werden. Im übrigen wird bemerkt, daß die Geschäftszeit an den nachmittagen von 1/2 bis 3 Uhr festgesetzt worden ist, aber nur für die Beamten, nicht etwa für das Publikum.

Kirchennachrichten für Lichtenstein
Donnerstag, den 27. Nov. abends 8 Uhr
Hilfsvereinsfeier im Konfirmandensaal (Roch.)
Abends halb 9 Uhr Dankkreuzverein.

Kurze, Bayer & Heinze
Abteilung Lichtenstein-Cöllnberg.
24.11.19 25.11.19

Deutsche 3% Kriegaanleihe	77,75	77,80
4 1/2% Schatzanweisung	74,50	74,25
3% Reichsanleihe	60,50	60,50
3 1/2% " "	67,75	67,50
3 1/2% " "	65,50	65,50
Sächsische 3% Rente	56,--	57,75
Chemnitzer 4% Stadtanleihe	77,75	77,75
Dresdner 4% " "	83,--	83,50
Leipziger 4% " "	81,--	81,--
Deutsche Hypoth.-Bank 4% Pfandbr.	95,--	98,--
Landwirtsch. 3 1/2% Pfandbr.	83,75	83,75
4% " "	96,75	96,875
Sächs. Bod.-Cred.-Anst. 4% Pfandbr.	91,75	94,25
Hartmann Masch.-Fabrik Akt.	184,--	184,25
Maschinenfabrik Kappel Akt.	287,50	288,75
Hermann Vöge Akt.	251,--	251,--
Sachsenwerk Akt.	301,--	301,--
Sächs. Webstuhlfabrik Schönherr Akt.	229,50	230,75
Hugo Schneider Akt.	204,25	204,25
Schubert & Salzer Akt.	305,--	304,--
Wandeler Werke Akt.	330,--	330,--
Zimmermann Werkzeugmach. Akt.	144,50	145,--
Deutsche Bank Akt.	251,--	253,--
Diskonto-Gesellschaft Akt.	178,50	178,50
Dresdner Bank Akt.	148,--	150,--
Phönix Akt.	291,--	292,75
Hamburger Bank Akt.	118,--	118,50
Flg. Lichterfeld Akt.	239,--	237,75
Leipziger Kurze.	850,--	830,--

Konsumverein „Haushalt“
Lichtenstein-Cöllnberg, e. S. m. b. H.
Sonntag, den 7. Dezember, nachmittags 1/4 Uhr in
Apels Bierhaus

Generalversammlung.
Tagesordnung:
1. Vortrag des Geschäftsberichts 1918/19.
2. Neuwahl des Vorstandes.
3. Anträge.
4. Allgemeines.
Zahlreichem Erscheinen sieht entgegen
Der Vorstand,
Franz Meng, Emil Kiedel, Hermann Heinze.

Tüchtige geübte Handschuhstrickerinnen
finden dauernde und hochlohnende Beschäftigung.
Altmann & Co., Callenberg.

Wiederverkäufer Gummi-Tabaks-Pfeifen, Spazierstöcke
u. s. w.
in großer Auswahl und sehr preiswert bei
Hermann Jacobi,
— Zwickau, Marienplatz 6. —

1 Weihnachtspyramide, 1 Handinhalter mit Uhr, 2 Konsole, Arbeits- hofen, Schlafdecken, Unterhosen, 1 Waschkocher mit Pfannen, 3 Paar Rinderschuhe, 1 massiver Kleider- und Wäsche- schrank, 1 Waschmaschine zu verkaufen im Ein- und Verkaufsgeschäft
Mag Sachs,
Callenberg, Blomackstr. 200 II.

G.-V. Schützenhaus Callenberg.
Chorgesangverein L.-C. Singstunde
Mittwoch abend 8 Uhr im
Ratskeller in Callenberg.

Trotz vollständigen Mangels guter reinwollener Textilwaren war es mir nochmals möglich, meinen Bedarf zu decken und empfehle beste reinwollene
Herrenanzugstoffe
Damenkleiderstoffe
Kostümstoffe
weisse Bettzeuge
135 cm breit
1/2 breite beste
Macolache
für feine Wäsche, sow. alle Sort.
Hemdentuche
in roh und gebleicht,
Herm. Natschenreither.

Achtung!
Empfehle als frisch eingetroffen: **Rotkraut, schöne Speisemöhren, rote Rüben, Zuckerrüben, gelbe Kohlrüben, Sellerie, Zwiebeln und schöne Tafeläpfel.** Bei schönem Wetter Donnerstag auf dem Wochenmarkt, auf Bestellung auch ins Haus.
Hermann Wirus.

Achtung!
Obstbäume hat noch billig abzugeben, sow. auch **Dezereifig Handesgärtner**
Emil Eichhorn.

Mittwoch und Donnerstag, den 26. und 27. November, von abends 6 Uhr ab kommt in den Lichtensteiner Kammerlichspielen der große
Wanda Trenmann-Schlager
„Das Geheimnis der Wera Baranska“.
5 Aktel
zur Vorführung.
5 Aktel
Hierzu das 3aktige Lustspiel:
Erstens kommt es anders, zweitens wie man denkt.
Preise der Plätze: 1.10 Mk. und 70 Pfg.
Kinder haben zu dieser Vorführung keinen Zutritt.
Um recht zahlreichen Besuch bittet
Hochachtungsvoll **Rudolf Lässig.**
In nächster Zeit: **Verlorene Töchter**
III. Teil: **Die Menschen, die nennen es Liebe.**
Der letzte und schönste Teil.

Für die überaus zahlreichen Aufmerksamkeiten — zu unserer Vermählung sagen wir hierdurch — auch im Namen unserer lieben Mutter — unseren
herzlichsten Dank.
Rudolf Pester und Frau
Hannel geb. Küchler,
Lichtenstein, November 1919.

Für die anlässlich unserer Vermählung in so überaus reichem Maße uns dargebrachten Glückwünsche und Geschenke sagen wir — zugleich im Namen unserer Mutter — nur hierdurch
herzlichsten Dank
Rödlitz, den 15. November 1919.
Kurt Helne und Frau
Martha geb. Philipp.